



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS  
ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 01.10.2009  
Az.:

## **7. Ausschuss für Bauen und Energie am 16.09.2009**

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Biller, Josef	i.V.v. Vogl Willi (bis 17.40 Uhr)
Haindl, Sebastian	bis 17.15 Uhr
Hofstetter, Franz Josef	
Jobst, Karl Heinz	
Kuhn, Günther	
Rübensaal, Siegfried	
Schlehuber, Anton	
Schwimmer, Hans	
Steinberger, Friedrich	ab 14.40 Uhr bis 15.45 Uhr
Utz, Peter	
Ways, Rudolf	
Wiesmaier, Hans	

### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline  
Fischer Heinz  
Schmittner Josef (bis ca. 17.00 Uhr)  
Graßl Reiner  
Unterreitmeier Johann  
Mayer Elfriede (Protokoll)  
Centner Christina (bis 17.25 Uhr)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Wild (Bauleiter) von der Fa.kplan  
Architekt Gruber und Frau Wocheslander von der Fa. kplan  
Herr Semmler (Landschaftsplaner)  
Herr Köglmeier, Projektsteuerer  
Stellv. Schulleiter Schlemmer  
Herr Dirscherl vom Landratsamt Ebersberg  
Architekt Anger (zu TOP 6)  
Herr Wieder vom Büro Wieder (zu TOP 6)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 13:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

**Tagesordnung**

**I. Öffentlicher Teil:**

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Besichtigung der Baustelle
2. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Außenanlagengestaltung Südseite  
Vorlage: 2009/0535
3. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Bemusterung eines Fassadenelementes, der Fassadenverkleidung  
und der waagrechten Holzschalung  
Vorlage: 2009/0536
4. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Bemusterung der Ausstattung für die Klassenzimmer  
Vorlage: 2009/0537
5. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Bemusterung weiterer Ausstattungsgegenstände und Baustoffe  
Vorlage: 2009/0538
6. Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen/Vils  
Konjunkturpaket II  
Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude ehemaliges Rathaus  
Dreifachverglasung für die noch nicht ausgetauschten Fenster und  
Photovoltaikanlage - Vorlage: 2009/0541
- 6.1 Urzeitmuseum; Realschule Taufkirchen/Vils
7. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
E.on Bayern Umweltpreis 2009 - Vorlage: 2009/0542
8. Bekanntgaben und Anfragen
- 8.1 Hausmeister für den Neubau FOS/BOS
- 8.2 Aufhebung einer Ausschreibung / FOS/BOS - Außenjalousien



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 16.09.2009

### 1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Besichtigung der Baustelle

**Herr Wild** führt die Ausschussmitglieder in die Aula und erklärt, die Besichtigung der Baustelle werde im Erdgeschoß erfolgen, damit die Bauarbeiten in den oberen Geschoßen nicht gestört werden.

Das Ziel, den Rohbau noch in diesem Jahr fertig zu stellen, werde erreicht. Ein weiteres Ziel sei, die Verglasung im Atrium noch heuer zu machen, um Anfang des Jahres mit den Installationen beginnen zu können.

**Architekt Gruber** erklärt, im Bereich der Aula sei geplant, die Betonwände zweimal zu spachteln und dann zu streichen. In den Flurbereichen werden Akkustikdecken angebracht. Im Aulabereich seien Schiebeelemente zur Abtrennung vorgesehen.

Im Weiteren zeigt er den Bereich, wo die spätere Ausgabe der Küche im Erdgeschoß sein wird.

Als nächstes erläutert **Herr Semmler** im Außenbereich die geplanten Gestaltungselemente mit der Bepflanzung mit den Bäumen (TOP 2), die Abböschungskante vom Schulgebäude weg und zeigt den Teil, wo die Lärmschutzwand gebaut werden soll.

**Kreisrat Utz** fragt, wie die Verhandlungen bezüglich der Lärmschutzwand ausgegangen seien.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Lärmschutzwand wird dem Gelände angepasst, so dass die Höhe an dem Teil des Grundstücks von Herrn Szymanski etwas niedriger sein wird. Diese Vorgehensweise sei mit allen Anliegern so abgestimmt worden. Herr Szymansky habe die Lärmschutzwand nicht wegen des Sichtschutzes, sondern wegen des Schallschutzes gefordert. Der Bau der Lärmschutzwand sei ein Entgegenkommen des Landkreises. Es hätte viel Geld gespart werden können. Doch hinsichtlich einer guten Nachbarschaft sei der Beschluss so gefasst worden.

Im Weiteren zeigt **Architekt Gruber** an der Außenwand des Rohbaus ein Muster der Fensterelemente, einen Vorschlag der Eternitverkleidung mit verschiedenen Farbtönen und die Holzverschalung. Nachdem relativ viel Holzverschalung an der Fassade sein wird, schlägt Architekt Gruber eine helle, graue Holzverschalung und dunkle Eternitplatten vor.

Auf die Frage des Vorsitzenden, mit welcher Farbe die Holzverschalung gestrichen wird antwortet **Herr Wild**, mit Aglaia. Aglaia gebe es in unterschiedlichen Farbtönen.

**Architekt Gruber** erklärt weiter, wie die Jalousien angebracht werden sollen. Mit den Jalousien sei auch geplant, Licht in die Räume zu lenken.

**2. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Außenanlagengestaltung Südseite  
Vorlage: 2009/0535**



**LANDKREIS  
ERDING**

Nach der Besichtigung verweist **der Vorsitzende** auf die vorgeschlagenen Kosteneinsparungsvorschläge.

Anstatt der „betonierten Gestaltungselemente“ könnten 15 Stück Metallbänke aufgestellt werden. Das Einsparpotential wäre rd. 8.800 €.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Utz** merkt an, ihm geht es nicht um den Preis, sondern um die Frage, ob es auf längere Sicht nicht eine bessere Lösung gebe. Er befürchtet, dass die Pflege bei betonierten Gestaltungselementen (mit Mähkanten, etc.) schwieriger sei.

**Kreisrat Kuhn** denkt, die vom Architekten bereits angesprochene Unterteilung der doch lang gestreckten Fläche könnte gestalterisch mit ein paar Bänken nicht erreicht werden. Er spricht sich deshalb für die betonierten Gestaltungselemente aus.

**Kreisrat Jobst** fragt, von wem die Einsparvorschläge gemacht worden sind.

**Der Vorsitzende** erklärt, bei der Suche nach Kosteneinsparungen seien in Zusammenarbeit mit dem Projektsteuerer Vorschläge erarbeitet worden. Er habe die Projektsteuerer um Vorschläge gebeten, weil erfahrungsgemäß das Bauwerk zum Schluss immer teurer wird, wenn nicht während der gesamten Planung und Umsetzungsphase Einsparungen vorgenommen werden.

Er berichtet, im kommenden Haushalt werde nach den ersten Vorberechnungen eine Zuführung an den Vermögenshaushalt von rd. 9 Mio € erforderlich werden. Er stellt weiter fest, dass bei den bisherigen Maßnahmen mit Einsparungen auch während der Baumaßnahme immer gute Effekte erzielt werden konnten.

**Kreisrat Jobst** warnt davor, das Gesamtkonzept dadurch aufzulösen, in dem Dinge weggespart werden. Wenn der Landkreis nicht in höchsten Finanznöten sei, sollten die Planungen, wie sie vom Architekten erarbeitet worden sind, belassen werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, der Landkreis sei nie in Finanznöten, weil der Gesetzgeber vorsieht, dass die Landkreise in Bayern eine Art Defizitfinanzierung durchführen. Alles was die Landkreise an Mitteln nicht selber haben, können sie über die Kreisumlage von den Gemeinden holen. Er weiß aber, dass einige Gemeinden bezüglich der Finanzen nicht „rosig“ dastehen. Er möchte sich nicht den Vorwurf machen lassen, dass bestimmte Dinge nicht vorgelegt worden sind.

**Kreisrat Hofstetter** fragt Berufsschuldirektor Biller, was er für sinnvoll erachtet.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Biller** denkt, die Zahl der Bäume könne sicher reduziert werden. Auch beim Pausenhof des Gastrozentrums seien gegenüber der Planung weniger Bäume gepflanzt worden.

Von der Nutzung der Schule her sei es aber ganz wichtig, Sitzgelegenheiten zu haben. Betonblöcke alleine sollten es nicht sein, weil die zu kalt seien und sich Beton über die Jahre hinweg nicht positiv verändert.

**Herr Wild** erklärt, der Bereich mit den betonierten Gestaltungselementen sei in Zusammenhang mit Punkt 5 zu sehen. Ein anderer Vorschlag wäre, die lange Pflasterfläche zu gliedern. Der vordere breitere Bereich wäre dann Pausenhof. In Richtung Parkplätze wäre ein Durchgangsweg geplant und die restliche Fläche könnte mit Sträuchern bepflanzt werden. Auch beim Plattenbelag könnte gespart werden.

**Kreisrat Biller** bittet (aus Erfahrung am neuen Gymnasium) zu beachten, dass bei der Abgrenzung der Abböschungskante daran gedacht werde, dass diese nicht zu hoch wird. Der Ausblick aus den Klassenzimmern im Untergeschoss sei für die Schüler ganz wichtig.

**Herr Semmler** sagt, es seien Bodendecker und Solitärsträucher geplant.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, die Planungen müssen nachhaltig finanzierbar sein und auch vom Aufwand im Unterhalt her betrieben werden können. Es sei schon wichtig, die Einsparpotentiale aufzuzeigen, jedoch sollte eine gewisse Qualität aufgrund des hohen Anspruchs des Gebäudes auch außen dargestellt werden.

Er möchte auf die Gartenwasseranschlüsse mit einem Einsparpotential von 34.000 € und den Verzicht auf Pflegearbeiten von Rasen mit 45.000 € hinweisen. In seiner Gemeinde werden Außenanlagen, z.B. an Schulen, Kindergärten, so gestaltet (z.B. Trockenrasen), dass sie nicht ständig der Bewässerung bedürfen.

Bei den angesprochenen Sitzflächen sei er der Meinung, dass sich die Betonelemente gestalterisch darstellen. Die Auflagen könnten aus einem einheimischen Gehölz sein. Er denkt, dass die Beständigkeit auf lange Sicht dauerhafter sei, als bei Metallbänken.

**Kreisrat Rübensaal** berichtet zum Thema Rasen, dass in seiner Gemeinde bei der Park-and-ride-Anlage Schotterrasen mit einem Humusanteil aufgebracht worden sei. Damit sei eine gut begehbare und befahrbare Fläche geschaffen worden. Der Kostenaufwand und auch der Pflegeaufwand seien gering.

**Herr Wild** befürchtet, dass vom Schotterrasen kleine Steinchen auf die befestigte Fläche getragen werden.

**Kreisrat Hofstetter** denkt, Schotterrasen sei nur von Vorteil, wenn wenig Verkehr stattfindet.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** den Vorschlag, die Betonelemente so wie vorgeschlagen auszuführen, zur Abstimmung:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 2 Stimmen.**

Weiter merkt **Herr Semmler** zu Punkt 1 b) des Beschlussvorschlages an, als Bäume seien eine schmalförmige Zierform (Baumart: Gemeine Birne - Beech Hill) geplant. Deshalb neun Stück. Er könne sich auch mit zwei Bäumen pro Einheit einverstanden erklären.

**Der Vorsitzende** verweist auf verschiedene Veranstaltungen im Landkreis „Unser Dorf soll schöner werden“, etc. Deshalb sollte eine einheimische Baumart gewählt werden.

**Kreisrat Biller** denkt, für den Pausenhof sollten Bäume genommen werden, die kein Fallobst (wegen der Wespen) und auch keine abfallenden „Knöllchen“ haben, damit der Pausenhof sauber bleibt.

**Kreisrat Haindl** favorisiert eine einheimische Baumart. Er denkt, es sei schon wichtig, die Fläche mit Bäumen zu strukturieren, die Zahl sollte jedoch reduziert werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf dem ganzen Gelände (mit dem Parkplatz) 48 Bäume gepflanzt werden sollen.

**Kreisrat Steinberger** empfiehlt aufgrund seiner Erfahrung, Bäume ohne Früchte zu nehmen, z.B. Winterlinden. Auf Bäume möchte er aus optischer Sicht nicht verzichten.

**Kreisrat Schwimmer** schlägt vor, pro Sitzgruppe eine Linde zu pflanzen.

**Herr Semmler** schlägt vor, insgesamt sechs Hainbuchen, pro Einheit zwei Stück, zu pflanzen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, zwei Einheiten mit jeweils zwei Hainbuchen zu nehmen.

**Kreisrat Kuhn** weist darauf hin, dass die Zahl der Bäume von den Gestaltungselementen abhängig sei.

Nach kurzer Diskussion schlägt **der Vorsitzende** vor, die Planer sollten sich über die bestmögliche Gestaltung nochmals Gedanken machen. Die Zahl der Bäume sollte mit den betonierten Gestaltungselementen, die auch als Sitzgelegenheiten genutzt werden sollen, gestaltet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

Zu Punkt 2 der Beschlussvorlage „Verzicht auf Gartenwasseranschlüsse im Bereich der Grünflächen und der Parkplatzanlagen“ erklärt er, die Gartenwasseranschlüsse seien zum Bewässern der Anlage geplant worden. Die Einsparung wäre rd. 34.000 €. Der Vorsitzende denkt, für den Preis könnte sich der Landkreis den Unimog mit dem Wassertank von den Stadtwerken Erding oder vom Bauhof der Stadt Erding ausleihen. Im Übrigen sei das Bewässern der Bäume nur in der Anfangswachstumsphase notwendig.



**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob bei der Kosteneinsparung von 45.000 € auch die Einsparung der KAG-Beiträge an die Stadt Erding beinhaltet sei.  
**Der Vorsitzende** fragt Herrn Graßl, welche Gebühren für Kanal und Wasser nach KAG an die Stadt Erding gezahlt werden müssen.

**Herr Graßl** antwortet, seines Wissens werde pro Quadratmeter Geschossfläche ein Preis von ca. 17.00 € fällig.

**Kreisrat Wiesmaier** spricht sich gegen eine Bewässerungsanlage aus. Keine Gemeinde im Landkreis habe eine Installation in dieser Größenordnung für ein öffentliches Gebäude. Diesen Luxus sollte sich der Landkreis nicht leisten. Bei großer Trockenheit könnte mit variablen und flexiblen Möglichkeiten eine Bewässerung vorgenommen werden.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob geprüft worden sei, ob die Stadt Erding eine Grundwasserberegung zulasse.

**Der Vorsitzende** antwortet, das sei ihm nicht bekannt.

**Kreisrat Steinberger** berichtet, auf Antrag sei es möglich, einen Brunnen zu schlagen. Er sieht im vorgeschlagenen Bewässerungssystem eine Goldrandlösung und stimmt der Aussage von Kreisrat Wiesmaier zu. Die Bewässerung sollte ganz einfach durch den Hausmeister gemacht werden. So wie er das Schulzentrum Berufsschule kennt, werden die Arbeiten erledigt.

Auch **Kreisrat Hofstetter** spricht sich für die Streichung aus.

**Herr Semmler** erklärt, die Gartenwasseranschlüsse seien bezüglich des Themas Nachhaltigkeit entstanden. Aus planerischer Sicht könne darauf verzichtet werden. Er erklärt, die Nutzung des Regenwassers, das in Zisternen gespeichert werde, hätte zur Bewässerung verwendet werden können. Die Zisternen seien für die Kühlung des Gebäudes notwendig.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

2. Verzicht auf Gartenwasseranschlüsse im Bereich der Grünflächen und der Parkplatzanlagen (Einsparpotenzial 34.000,- €)

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

Zu Punkt 3 der Beschlussvorschläge „Verzicht auf Pflegearbeiten von Rasen und Parkflächen für das 2. und 3. Jahr“ erklärt er, der Bereich werde normalerweise mit der Aufwuchspflege ausgeschrieben. Die Überlegung bei Kosten von 45.000 € sei, ob nicht die Gärtner der Landkreisverwaltung im 2. und 3. Jahr die Pflegearbeiten übernehmen sollten.

**Kreisrat Steinberger** merkt an, dieser Betrag sei für 20 Mitbürger ein Zuverdienst für zwei Jahre.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

3. Verzicht auf Pflegearbeiten von Rasen und Parkflächen für das 2. und 3. Jahr – (Einsparpotenzial 45.000,- €)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Zu Punkt 4 der Beschlussvorlage „Reduzierung der befestigten Plattenflächen im Pausenhof“ erklärt er, von Seiten der Projektsteuerer sei der Vorschlag, die befestigte Fläche im Pausenhofbereich zu reduzieren und einen Teil davon als Grünfläche mit einem befestigten Verbindungsweg mit einer Einsparung von rd. 2.200 € zu machen.

**Herr Köglmeier** erklärt, der Vorschlag wäre eine Möglichkeit, die ganze Länge zu gliedern. Der Pausenhof würde sich bis zum Parkplatz erstrecken.

**Herr Semmler** merkt an, aus planerischer Sicht würde er den Pausenhof nicht verkleinern.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

4. Keine Reduzierung der befestigten Plattenflächen im Pausenhof

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**Herr Semmler** fragt, ob auf dem Parkplatz der Schotterrasen nochmals überplant werden soll.

**Der Vorsitzende** möchte wissen, wie der Parkplatz jetzt geplant sei und wie hoch die Kosten sind.

**Herr Semmler** antwortet, bei den veranschlagten Kosten von rd. 17.600 € seien die Unterhaltskosten nicht eingeplant.

**Der Vorsitzende** befürchtet Schwierigkeiten beim Winterdienst. Er hätte gerne die Freigabe, dass übliche Räumgeräte beim Winterdienst auch beim Rasenfugenpflaster keine Schwierigkeiten haben.

Diese Garantieerklärung wird von Seiten der Planer gegeben.

**Herr Graßl** merkt an, am Parkplatz beim neuen Gymnasium an der Sigwolfstraße seien Rasengittersteine und die Parkbuchten mit Schotterrasen verlegt worden. Dies könnte jederzeit besichtigt werden.

**Herr Semmler** sagt, eine Entscheidung sei heute noch nicht erforderlich. Eine Besichtigung könnte jederzeit noch gemacht werden.

**Der Vorsitzende** erklärt, eine Beschlussfassung sei heute noch nicht herbeizuführen.

Zusammenfassender Beschluss:

BauEn/0026-14

Von den Einsparvorschlägen sollen folgende Punkte realisiert werden:

- 1.a) Kein Verzicht auf betonierte Gestaltungselemente.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 2 Stimmen.**





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

- 1.b) Die Zahl der Bäume (einheimische Baumart, z.B. Hainbuche - je Einheit zwei Stück) soll mit Gestaltungselementen gekoppelt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Verzicht auf Gartenwasseranschlüsse im Bereich der Grünflächen und der Parkplatzanlagen (Einsparpotenzial 34.000,- €)

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

3. Verzicht auf Pflegearbeiten von Rasen und Parkflächen für das 2. und 3. Jahr – (Einsparpotenzial 45.000,- €)

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

4. Keine Reduzierung der befestigten Plattenflächen im Pausenhof

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**3. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Bemusterung eines Fassadenelementes, der Fassadenverkleidung  
und der waagrechten Holzschalung  
Vorlage: 2009/0536**

**Der Vorsitzende** verweist auf das unter TOP 1 besichtigte Fassadenelement auf der Baustelle.

**Herr Wild** berichtet, für die dunklere Ausführung der Eternitverkleidung (rd. 500 m<sup>2</sup>) fallen Mehrkosten von ca. 4.000 € an (gesamte Auftragssumme rd. 300.000 €).

**Der Vorsitzende** fragt, wie viel dem Architekten die Gestaltung wert sei.

**Architekt Gruber** stellt fest, trotz der Mehrkosten sei ihm die dunklere Ausführung bei der Eternitverkleidung wirklich wichtig, weil am Gebäude möglichst wenige Farben verwendet werden sollen. Jedoch könne sein Büro die Mehrkosten nicht übernehmen.

**Kreisrat Haindl** merkt zur Holzverschalung an der Fassade an, dass das Holz nicht zu dunkel gestrichen werden sollte. Weiter sei ihm aufgefallen, dass das Holz beim besichtigten Fassadenelement sichtbar geschraubt worden sei. Er plädiert bei der späteren Ausführung auch für eine sichtbare Verschraubung, weil das vom Unterhalt und von der Stabilität besser sei. Er tendiert mehr zum helleren Farbton der Eternitverkleidung.

**Architekt Gruber** antwortet, die Holzverkleidung werde wie besichtigt ausgeführt.

**Kreisrat Utz** denkt, Mehrkosten von 4.000 € seien viel Geld, jedoch habe bei den letzten Positionen auch Geld eingespart werden können. Er denkt, wenn es der Wunsch des Architekten sei, eine gewisse Struktur in das



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Gebäude zu bringen, sollte es auch so gemacht werden. Er denkt, das Konzept der Architekten sollte nicht an den Mehrkosten scheitern.

**Der Vorsitzende** verweist auf die Außengestaltung am Gastrozentrum, die vom gleichen Architekturbüro mit fünf verschiedenen Farben gemacht worden sei. Er meint, dass eine Betriebsanleitung zum Farbgestaltungskonzept mitgeliefert werden müsse, weil der Laie den Unterschied nicht sofort kennen wird.

**Architekt Gruber** sagt, er würde es schade finden, wenn aufgrund der Mehrkosten von rd. 4.000 € seine Planung scheitern würde.

**Kreisrat Hofstetter** denkt, die Farbgestaltung sei eine Geschmacksfrage.

**Herr Wild** weist darauf hin, die Mehrkosten von ca. 4.000 € seien eine telefonische Info vorab.

**Kreisrat Haindl** schließt sich der Aussage der Vorredner an. Das Konzept sei wichtig. Der Architekt werde sich dazu Gedanken gemacht haben. Vielleicht könne bezüglich der Mehrkosten noch verhandelt werden. Er denkt, die ausgewählten Farben stechen nicht so ins Auge, trotzdem werde das Gebäude wahrgenommen.

***Der Vorsitzende** bittet Herrn Wild dafür zu sorgen, dass für die dunkleren Eternitelemente keine nennenswerten zusätzlichen Kosten entstehen. Damit besteht allgemein Einverständnis.*

**Kreisrat Schlehuber** fragt, ob die Holzschalung trapezförmig gebaut werde.

**Architekt Gruber** erklärt, die Holzschalung werde genau so ausgeführt wie ursprünglich besprochen und vorgestellt. Aufgrund der Vorschläge von Kreisrat Schlehuber seien bei der Unterkonstruktion Anpassungen gemacht worden. Die Unterkonstruktion werde so auch von der DBU anerkannt.

**Kreisrat Jobst** stellt fest, dass bei der Besichtigung die Eternitplatten mit unterschiedlichen Breiten gesetzt worden sind.

**Herr Wild** sagt, das Muster sei vor Ort zugeschnitten worden. Zur Montage werden die Platten bereits zugeschnitten geliefert.

**Kreisrat Wiesmaier** verweist auf den versandten Vorlagebericht. Es steht: Fenster (nicht abschließbar). Er denkt, es sei entscheidend, dass die Fenster bei dem Gebäude nicht zum Lüften geöffnet werden können.

**Der Vorsitzende** fragt, ob abschließbare Fenster installiert werden sollen.

**Kreisrat Biller** sagt, die Fenster sollten wegen der bekannten Gründe nicht geöffnet werden können, sondern nur z.B. zum Putzen, etc. zu öffnen sein.

**Architekt Gruber** sagt, es müsse gewährleistet sein, dass die Fenster geöffnet werden können.



**Der Vorsitzende** fragt, warum die Planung nicht so sei, dass nur die Türen zu öffnen und die Fenster fest verglast seien.

**Herr Wild** sagt, die Fenster dienen auch als 2. Fluchtweg, sollten aber nicht zum Lüften geöffnet werden. Die Türen haben z.B. Drücker, die mit einer Plexiglashaube versehen sind. Die Türen seien auf ein MSR-System am Computer des Hausmeisters angeschlossen. Wenn sie geöffnet sind, werde das angezeigt.

In jedem Klassenzimmer werde in der Regel ein Fenster zu öffnen sein. Er erklärt, es sei ein psychologischer Faktor, dass sich die Schüler und Lehrer nicht eingeschlossen fühlen. Die Ziele von dem Passivhaus werden damit nicht gefährdet.

**Kreisrat Wiesmaier** erinnert, Herr Gludovaz (Planer der Schule in Klaus) habe damals bei der Besichtigung der Schule in Klaus darauf hingewiesen, dass die Fenster keine Funktion im Bereich von Zu- und Abluft haben, sondern nur zum Lichteintrag dienen.

**Architekt Gruber** sagt, das absolute Minimum sei zu öffnen.

**Herr Wild** ergänzt, es sei die Frage gewesen, ob die Lehrer einen Schlüssel dafür bekommen sollten. Mit der Schulleitung sei dann abgestimmt worden, dass die Lehrer einen Schlüssel bekommen und nur der Lehrer das steuern könne. Die Schüler sollen dementsprechend erzogen werden. Es entstehen durch die Abschließbarkeit keine Mehrkosten.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BauEn/0027-14

1. Das bemusterte Fassadenelement wird für die weitere Ausführung freigegeben.
2. Die bemusterte Eternitbekleidung und die waagrechte Holzschalung wird für die weitere Ausführung freigegeben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

#### **4. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Bemusterung der Ausstattung für die Klassenzimmer Vorlage: 2009/0537**

**Architekt Gruber** zeigt den aktuellen Stand der Planung. Er stellt fest, dass sich seit der letzten Präsentation keine großen Änderungen ergeben haben.

Er weist darauf hin, dass im Bereich der Fluchtwege drei bis vier Außenlautsprecher zusätzlich dazu kommen.



Im Bereich der Fluchtbalkone werden für die Beleuchtung Langfeldleuchten angebracht. Auf den Fluchtbalkonen werden engmaschige Gitterroste eingebaut.

Er zeigt die Beleuchtung auf der Fluchttreppe, einfache Außenleuchten über dem Notausgang bei den Balkonen und Treppen.

Das Atrium werde über die großen Lüfter beleuchtet, über die auch die Luft angesaugt wird.

Es sei eine Vorgabe, dass die Treppenläufe beleuchtet werden müssen. Die Leuchten werden in eine Aussparung eingebaut.

Weiter zeigt er die Beleuchtungssituation des Stegs zum Gastrogebäude. Es seien Langfeldleuchten geplant, die das Licht nach unten abgeben, um das ganze Areal beleuchten zu können.

**Der Vorsitzende** verweist auf den Weg vom Hauptgebäude Berufsschule zum Gastrozentrum. Er plädiert dafür, die Beleuchtungssituation fortzusetzen.

**Herr Unterreitmeier** sagt, in dem Bereich sei eine Deckenbeleuchtung installiert.

**Architekt Gruber** sagt, genau so zu planen sei wegen der anderen Anschlüsse schwierig.

Er erklärt weiter, die überwiegende Farbe, die im Gebäude sein soll, sollte am Fußboden sein. Die Wände sollen gediegen gehalten werden. Das Konzept sieht als Bodenbeläge einen frischen Grünton vor. Er zeigt ein Muster dazu.

Die Auflagen auf den Betonbrüstungen seien bei einem grünen Bodenbelag in Eichenoptik und bei einem roten Bodenbelag (weiterer Vorschlag) in grau geplant. Die Treppenstufen seien Winkelbetonstufen (ähnlich wie in der Allianz-Arena), die über die ganze Stufenbreite gespannt werden. Er zeigt dazu ein Muster.

Der Handlauf sei in Edelstahl geplant. Die Wände dahinter sollen für die Klassenräume, Fachräume bei einem grünen Bodenbelag z.B. in einem hellen Grau gestrichen werden, um einen Unterschied zu schaffen.

Auch in den Klassenzimmern sei der Boden mit grünem Linoleum geplant. Die Fensterbänke und Türblätter seien in Eicheoptik geplant und die Wände und Decken sollen weiß gestrichen werden.

**Kreisrat Wiesmaier** verweist auf die dunklen Kratzer auf dem Boden in dem Klassenzimmer, in dem heute die Sitzung stattfindet.

**Architekt Gruber** sagt, er habe so eine Abnutzung bei einem Lino-Boden noch nicht gesehen. In 95 % aller Schulen werde Linoleum verlegt. Eine andere Möglichkeit wäre ein Teppichboden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Biller** denkt, der Bodenbelag sei ein sehr wichtiger Punkt. Er spricht sich für Linoleum aus. Dabei sei es aber wichtig, dass schallabsorbierende Decken gemacht werden. Er berichtet, die FOS/BOS in Fürstenfeldbruck sei mit Kugelgarnboden ausgestattet.

Zu den Kratzern auf dem Boden sagt er, die Ursache könnten die sog. Gleiter an den Stühlen und Tischen sein. Es gibt Filzgleiter oder Kunststoffgleiter. Es seien Kunststoffgleiter genommen worden, weil damals gesagt worden sei, dass sich in den Filzgleitern kleine Steinchen eindrücken und damit der Boden mehr verkratzt würde als mit Kunststoffgleitern. Er vermutet, dass auf dem Platz ein Schüler mit den typischen „Springerstiefeln“ gesessen sei, weil besonders an einer Stelle so viele Kratzer seien.

**Architekt Gruber** stimmt der Möglichkeit zu, einen Kugelgarnboden zu verlegen. Seines Wissens sei der aber teurer.

**Kreisrat Biller** denkt, wenn ein Kugelgarnboden verlegt würde, könnte der Preisunterschied bei der Dämmung der Decke wieder eingespart werden.

**Der Vorsitzende** warnt davor. Beim Bau des neuen Gymnasiums sei auf Anraten auf Akustikdecken verzichtet worden, die nachträglich dann wieder eingebaut werden mussten, weil der Kugelgarnboden nicht den erhofften Effekt gebracht habe.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, aus fachlicher Sicht müsste vermieden werden können, dass die Materialien beim Boden, bei der Bestuhlung und bei den Tischen nicht dieses Ergebnis haben.

**Kreisrat Kuhn** denkt, es liegt an der Qualität des Bodens. Er berichtet, in der Berufsschule sei der Boden in den Klassenzimmern schon 30 Jahre alt und weist nicht diese Schäden auf.

**Architekt Gruber** ergänzt, die starken Kratzer auf dem Fußboden sehe er zum ersten Mal. Er schlägt vor, die Situation mit dem Möbelhersteller zu besprechen.

**Der Vorsitzende** fragt, was gegen Laminatboden spricht.

**Architekt Gruber** sagt, das Problem bei Laminatböden sei die Schallübertragung.

**Herr Wild** ergänzt, Laminatböden seien für Klassenzimmer zu hart.

**Kreisrat Haindl** denkt, der Hersteller des Lino-Bodens müsse die Garantie geben, dass es so etwas nicht gibt.

**Architekt Gruber** merkt weiter an, ein anderes Konzept sei anstatt des grünen Bodens ein roter Bodenbelag. Bei der Ausstattung mit roten Böden wird vorgeschlagen, die Auflagen und Türblätter in dunklen Grau zu nehmen. Er zeigt dazu Muster. Bei dem roten Konzept schlägt er vor, die

dahinter liegenden Wände mit einem leichten blaugrauen oder hellblaugrauen Anstrich zu versehen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er schlägt vor und habe dies mit Herrn Wild schon besprochen, einen Raum entsprechend herzurichten, denn mit kleinen Mustern sei die Entscheidung nicht so einfach. Die Farbe sei bei der Ausschreibung zunächst nicht wichtig. Er erinnert, in der Schule in Klaus sei ein roter Boden verlegt worden.

Zur Ausstattung der Klassenzimmer zeigt er eine Mediensäule mit den Lautsprechern, eine Klappschiebetafel und ganz einfache Deckeneinbauleuchten. Die Ausstattung sei mit dem Nutzer abgesprochen.

Er erklärt, in den Klassenzimmern werden Deckensegel mit Heraklitplatten vorgeschlagen, weil ein Teil der Betondecke für die Nachtauskühlung genutzt werde. Dies sei eine wichtige Entscheidung, denn die Heraklitplatten haben einen relativ groben Charakter. Er meint aber, dass sie zum Gebäude gut passen. Die Decken würden auch in den großflächigen Bereichen, in den Fluren und in der Aula gemacht.

Eine Alternative für die Flure und für die Aula seien gelochte Gipskartondecken, die jedoch teurer sind.

**Kreisrat Biller** fragt, bei welcher Decke der Absorbierungseffekt besser sei.

**Architekt Gruber** antwortet, der Schalleffekt sei bei beiden Decken gleich. Beide Deckenarten seien untersucht worden.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob die Decken nicht gestrichen werden.

**Kreisrat Haindl** sagt, nach der Montage müssen Heraklitdecken weiß gestrichen werden.

Weiter erklärt **Architekt Gruber**, in die Decken würden Lautsprecher und Downlights als Beleuchtung eingebaut.

Im Verwaltungsbereich und in den Lehrerzimmern werde als Bodenbelag Teppichboden vorgeschlagen. Bisher sei immer Nadelfilz gewählt worden. Doch Herr König habe bei der Nachhaltigkeitsuntersuchung festgestellt, dass Nadelfilz nicht so ideal sei, weil er aus Rohöl hergestellt wird. Die Alternative sei ein Boden auf Wollbasis. Nadelfilz sei der günstigere Teppichboden. Der ökologisch nachhaltigere Boden sei der Wollboden. Der Preisunterschied betrage ca. 10 €/m<sup>2</sup>.

**Der Vorsitzende** fragt, warum in den genannten Räumen nicht auch Linoleum verlegt wird.

**Kreisrat Biller** denkt, ein Nadelfilzboden sei wärmer.

**Architekt Gruber** merkt weiter an, in den WC`s werden ganz einfache Wandfliesen in weiß (wandhoch gefliest) und graumelierte Bodenfliesen in

einem kleinen Fliesenformat verlegt. Die Waschbecken seien schon einmal bemustert worden.

Im Weiteren zeigt er als Muster einen Türgriff (einfach gebogen). Die Türblätter seien vom Farbkonzept (grün oder rot) abhängig.

**Kreisrat Biller** berichtet aus Erfahrung beim Gastro-Zentrum, dass sich Hersteller von Türen oft sparen, eine sog. Kante zu brechen. Nachdem an einer Schule immer mit Keilen (zum offen halten von Türen) gearbeitet wird, bricht die Oberfläche des Türblattes aus. Er bittet darauf zu achten.

Im Weiteren zeigt **Architekt Gruber** die Leuchten, Deckeneinbauleuchten, Aufbauleuchten in den Computerräumen, Außenleuchten (auch im Pausenhof und auch auf dem Parkplatz), die verwendet werden sollen. Diese Dinge seien bereits in einer vergangenen Sitzung abgestimmt worden.

Im Weiteren zeigt Architekt Gruber verschiedene Einrichtungsgegenstände: Stühle, Tische (Sitzfläche aus Holz oder Kunststoff, Stuhlbein in L-Form oder vierbeinig).

**Der Vorsitzende** denkt, dass für die Bestuhlung der Aula Stühle mit vier Beinen besser seien. Er fragt, ob dabei die neueste Brandschutzrichtlinie berücksichtigt worden sei, bezüglich der Verkettung nebeneinander. Ansonsten seien Veranstaltungen mit über 200 Personen nicht erlaubt.

**Kreisrat Biller** fragt nach dem Preis. Er bittet, bei den Stühlen in der Aula darauf zu achten, dass sie verbunden werden können, ansonsten müssen sie bei Veranstaltungen immer mit Kunststoffkabelbindern verbunden werden.

Er denkt, die Stühle in L-Form seien für die Klassenzimmer besser als mit vier Stuhlbeinen.

**Architekt Gruber** weist darauf hin, dass die Muster von der Fa. Hohenloher zur Verfügung gestellt worden sind. Die Preise seien ca. 38 €, mit Holzaufgabe und vier Stuhlbeinen ca. 47 €. Ein Stuhl mit einer vorgesehenen Reihenverbindung kostet ca. 4 € mehr. Diese Preise seien vorbehaltlich und nur ein Anhaltspunkt, weil noch keine Ausschreibung erfolgt sei.

**Herr Wild** schlägt vor, dass zur Submission ein Musterstuhl mitgeliefert werden soll.

**Kreisrat Haindl** plädiert dafür, als Sitzfläche auf den Stühlen keinen Plastikbelag, sondern einen Holzbelag zu nehmen.

Nach eingehender Diskussion schlägt **der Vorsitzende** vor, abzuwarten, welche Angebote aufgrund der Ausschreibung eingehen.

**Kreisrat Haindl** merkt zum Bodenbelag (grün oder rot) an, dass er einen roten Bodenbelag bevorzuge. Ihn interessiert, ob es aus pädagogischer, psychologischer Sicht Erkenntnisse gibt, mit welcher Farbe das Lernen besser unterstützt wird. Er denkt, für die Farbauswahl sei eine größere Fläche wichtig.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**Kreisrat Biller** meint, dass die Farbe grün mehr beruhigt. Jedoch sollte darauf nicht der große Wert gelegt werden, weil die Schüler fast erwachsen seien.

**Architekt Gruber** sagt, diese Entscheidung könne nach Besichtigung des Musterzimmers getroffen werden.

**Herr Wild** ergänzt, der Vorschlag sei, bei der Ausschreibung der Innenausbauwerke vorab die Ausstattung von einem Musterklassenzimmer (mit Möblierung, Decke, etc.) mit auszuschreiben. Die dabei entstehenden Kosten können abgedeckt werden.

Büro des Landrats  
BL

Es werde auch eine Schadstoffuntersuchung (z.B. Kleber von Teppichböden, Schichtstoffe von den Türen, etc.) durchgeführt. Das Musterklassenzimmer solle dann vor Ort besichtigt werden. Bei der Ausschreibung sollte nicht nur der wirtschaftlichste Aspekt vorgegeben werden, sondern eine bestimmte Qualität und ein bestimmtes Muster. Dabei können Alternativen angeboten werden.

**Der Vorsitzende** bringt daraufhin folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0028-14

1. Der vom Planer vorgestellte Bodenbelag (Linoleum) wird für die Ausschreibung freigegeben.
2. Die vom Planer vorgestellte Unterhängdecke (Heraklit) wird für die Ausschreibung freigegeben.
3. Die vom Planer vorgestellten Türzargen werden für die Ausschreibung freigegeben.
4. Die vom Planer vorgestellten Türblätter werden für die Ausschreibung freigegeben.
5. Die vom Planer vorgestellten Türdrücker werden für die Ausschreibung freigegeben.
6. Die vom Planer vorgestellte Bestuhlung wird für die Ausschreibung freigegeben.
7. Die vom Planer vorgestellten Klassenzimmertische werden für die Ausschreibung freigegeben.
8. Die vom Planer vorgestellten Einbaumöbel werden für die Ausschreibung freigegeben.
9. Die vom Planer vorgestellte Wandtafel wird für die Ausschreibung freigegeben.
10. Die vom Planer vorgestellten Wandbekleidungen und Pintafeln werden für die Ausschreibung freigegeben



unter der Maßgabe, dass vorab ein Musterzimmer zur Besichtigung und Entscheidung eingerichtet wird.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**  
(ohne KR Hofstetter und KR Steinberger)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**5. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Bemusterung weiterer Ausstattungsgegenstände und Baustoffe  
Vorlage: 2009/0538**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage.

**Kreisrat Biller** schlägt für den Bereich Verwaltung vor, einen Kugelgarnboden zu nehmen.

**Architekt Gruber** sichert eine Prüfung durch Herrn König zu, ob ein Kugelgarnboden oder Nadelfilz auch hinsichtlich des Klebers besser sei.

**Der Vorsitzende** möchte zu Punkt 5 des Beschlussvorschlages wissen, warum kleine Fliesen und nicht ein größeres Format genommen werden.

**Architekt Gruber** meint, kleinere Fliesen geben ein schöneres Bild, deshalb habe er das vorgeschlagen. Die Fliesen seien ein Standardprodukt.

**Herr Wild** schlägt vor, eine Fliesengröße von 20 x 20 cm zu nehmen. Die Arbeitszeit und die Kosten wären günstiger.

**Architekt Gruber** sagt weiter, die Handläufe seien aus Edelstahl. Die Brüstungsabdeckungen seien Trägerplatten mit Beschichtung (Holzdekor).

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0029-14

1. Der vom Planer vorgestellte Belag für Treppen und Treppenpodeste wird für die Ausschreibung freigegeben.
2. Der vom Planer vorgestellte Bodenbelag für die Pausenhalle, Eingangshalle und für die Flure wird für die Ausschreibung freigegeben.
3. Der vom Planer vorgestellte Nadelfilzbelag für die Verwaltung wird für die Ausschreibung freigegeben.
4. Die vom Planer vorgestellte Möblierung für die Verwaltung und das Lehrerzimmer wird für die Ausschreibung freigegeben.
5. Die vom Planer vorgestellten Fliesen für Wand und Boden (Größe 20 x 20 cm) in Sanitärräumen werden für die Ausschreibung freigegeben.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

6. Die vom Planer vorgestellten Sanitärrennwände werden für die Ausschreibung freigegeben.
7. Die vom Planer vorgestellten Handläufe, Geländer und Brüstungsabdeckungen werden für die Ausschreibung freigegeben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

Büro des Landrats  
BL

**6. Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen/Vils  
Konjunkturpaket II  
Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude ehemaliges Rathaus  
Dreifachverglasung für die noch nicht ausgetauschten Fenster und  
Photovoltaikanlage  
Vorlage: 2009/0541**

**Der Vorsitzende** begrüßt Architekt Anger und Herrn Wieder. Er erinnert, in der letzten Sitzung des Kreistages habe Kreisrat Kuhn bezüglich der Energieeinsparmaßnahmen für die noch nicht ausgetauschten Fenster eine Dreifachverglasung vorgeschlagen. Der Kreistag hat den Beschluss gefasst: „Über einen möglichen Aufbau einer Photovoltaikanlage und einer Dreifachverglasung der noch nicht ausgetauschten Fenster hat der Ausschuss für Bauen und Energie zu befinden.“

**Architekt Anger** erklärt, aus energetischer Sicht sei die Umstellung auf eine Dreischeibenverglasung nicht sinnvoll. Bei allen intensiv genutzten Schulräumen seien vor ca. drei Jahren die Scheiben mit einer Zweischeibenverglasung erneuert worden. Die Nachrüstung der verbleibenden Nebenräume, Toiletten und Treppenhäuser mit einer Dreifachverglasung würde die Energiebilanz des Gebäudes nicht signifikant verbessern. Eine Dreifachverglasung hätte Mehrkosten zur Folge, die keinen großen energetischen Einsparungen gegenüber stehen. Die Empfehlung sei deshalb, bei den noch nicht ausgetauschten Fenstern eine Zweifachverglasung einzubauen.

**Kreisrat Kuhn** denkt, es sei richtig, dass die bereits vor ein paar Jahren ausgetauschten Zweifachverglasungen nicht wieder ausgetauscht werden. Aber wenn schon Fensterscheiben ausgewechselt werden müssen, sollten sie gleich mit einer Dreischeibenverglasung gemacht werden. Der Preisunterschied sei nicht so groß.

**Architekt Anger** sagt, die Mehrkosten betragen rd. 3.500 €

**Kreisrat Haindl** berichtet, seine Firma baut standardmäßig nur noch Dreifachverglasungen ein. Er denkt, die Mehrkosten von 3.500 € sollten der Einsparung gegenüber gestellt werden. Es stellt sich die Frage, in welcher Zeit sich die Mehrkosten amortisieren.

**Architekt Anger** sagt, eine überschlägige Berechnung könnte er, wenn es gewünscht wird, nachreichen.

**Kreisrat Wiesmaier** wehrt sich grundsätzlich dagegen, dass immer zusätzlich noch mehr gemacht werden solle. Die Forderung zum



Konjunkturpaket II mit der Zweifachverglasung sei ausreichend. Er denkt, es geht hier um grundsätzliche Dinge. Natürlich amortisieren sich die Mehrausgaben irgendwann. Jedoch sei die Finanzierung jetzt vorzunehmen. Die Kosten haben die Gemeinden zu tragen. Die Situation wäre anders, wenn vom Architekten dargestellt würde, dass eine Dreifachverglasung notwendig wäre, um den Anforderungen zu entsprechen.

**Architekt Anger** sagt, für die Planung sei ausschlaggebend gewesen, dass die Fenster der intensiv genutzten Räume bereits vor drei Jahren ausgetauscht worden sind. Ansonsten wäre die Situation anders zu bewerten.

**Kreisrat Jobst** merkt an, bei der Energieeinsparung gilt der Grundsatz „mehr bringt auch mehr“. Das Konjunkturpaket II habe Mindestanforderungen gestellt, die man jederzeit überbieten kann und muss. Aus dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit heraus sollte nicht nur das gemacht werden, was unbedingt notwendig, sondern das, was möglich sei. Die Investitionen im Energiebereich seien kein verlorenes Geld, sondern gewonnenes Geld. Das könne jederzeit der nachfolgenden Generation gegenüber verantwortet werden.

**Der Vorsitzende** bringt daraufhin folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Dem Vorschlag des Architekturbüros Anger/Groh folgend soll bei den noch nicht ausgetauschten Fenstern eine Zweifachverglasung eingebaut werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 6 : 5 Stimmen.**

(Gegenstimmen: KR Haindl, KR Jobst, KR Kuhn, KR Rübensaal und KR Ways).

Der Vorsitzende erklärt weiter, Kreisrat Kuhn habe auch beantragt, eine Photovoltaikanlage auf das Dach zu bauen. Er bittet Herrn Wieder um Ausführung.

**Herr Wieder** erklärt, das Gebäude sei dahingehend untersucht worden. Die Dachfläche sei mit 155 m<sup>2</sup> nach Süden hin ausgerichtet. Diese Fläche könnte bei Berücksichtigung der seitlichen Sicherheitsabstände mit einer Photovoltaikanlage von ca. 145 m<sup>2</sup> belegt werden. Die Anlage könnte eine Gesamtleistung von 20 kW (ähnlich wie Kilowatt) erzeugen. Das Investitionsvolumen für die Anlage beträgt ca. 68.000 € plus Mehrwertsteuer.

Der Hersteller der Photovoltaikanlage gebe eine Garantie von 25 Jahren. Die staatlich festgelegte Rückvergütungszeit beträgt 20 Jahre ab dem Zeitpunkt der Errichtung. Würde die Photovoltaikanlage noch in diesem Jahr errichtet, wäre die Rückvergütung noch um 9 % höher. Nach dem Jahreswechsel 2010 wird die Rückvergütung um 9 % reduziert und bleibt für 20 Jahre gleich. Aktuell gebe es für Schulen ein Förderprogramm von der UfU (Unabhängige Institut für Umweltfragen). Dabei werden für Schulen das Anzeigedisplay, der Datenlogger und eine Wetterstation im Wert von 4.000 € bis 5.000 € übergeben.



Herr Wieder erklärt weiter, an der Gebäudesüdseite stehen derzeit fünf Pappeln, die beseitigt werden müssten, um einen Photovoltaikertrag zu ermöglichen, weil sie einen Teil der Dachfläche beschatten.

Unter Berücksichtigung aller Kosten (Anlage 68.000 €, Planungshonorar ca. 14.200 €, Gerüst- und Baukosten laut Architekt Anger ca. 6.000 € für ein vorzeitig aufgestelltes Gerüst und eine vorzeitige Dachaufbereitung sowie die Erhöhung der später zu erwartenden Gebäudeversicherung und Kosten für Wartung und Austausch des Wechselrichter) würde sich die Anlage bei 100%iger Fremdfinanzierung und einem Zinssatz von derzeit 3,10 % nach 12,5 Jahren amortisiert haben. Nach dieser Zeit wäre 7,5 Jahre lang noch ein Ertrag von insgesamt rd. 67.500 € plus gesetzlicher Mehrwertsteuer zu erwarten.

Nach der 20jährigen Rückvergütungszeit arbeitet die Anlage nach heutigem Stand der Technik mit einem Wirkungsgrad von ca. 90 % weiter. Zu dem Zeitpunkt wäre dann der in 20 Jahren gültige Stromtarif als Rückspeisetarif anzusetzen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, es sei geplant, das Dach neu einzudecken. Er fragt, ob diese Arbeiten vorgezogen werden müssten.

**Architekt Anger** erklärt, für den Bereich (145 m<sup>2</sup>) würde das vorgezogen. Die Übergänge würden provisorisch gemacht. Dafür sei eine Gesamtsumme von ca. 6.000 € einzuplanen.

**Der Vorsitzende** fragt für den Fall einer Aufstockung, ob es unwirtschaftlich wäre, die Anlage zu demontieren und dann wieder aufzubringen.

**Herr Wieder** sagt, es würde eine komplette Demontage und eine komplette Montage notwendig, die relativ teuer wäre.

**Der Vorsitzende** stellt fest, eine Aufstockung des Gebäudes innerhalb der 20 Jahre erscheint dann nicht sinnvoll. Derzeit gebe es auch keine Notwendigkeit.

**Kreisrat Haindl** denkt, wenn der Dachstuhl saniert wird, würde er für eine Indachanlage plädieren, weil dadurch die Ziegelabdeckung gespart werden könnte. Durch die Einspeisevergütung zahlt sich die Anlage selbst ab.

**Kreisrat Kuhn** freut sich, dass offiziell im Kreistag klar geworden sei, dass eine Photovoltaikanlage nicht nur dem Klima gut tut, sondern auch dem „Landkreisgeldbeutel“. Er hofft, dass dies ein Startschuss für mehr Anlagen sei.

Von der Optik her sei eine integrierte Photovoltaikanlage wesentlich angenehmer als eine aufgestellte Anlage. Dazu kommen die enormen Einsparungen (Dachplatten, etc.)

**Architekt Anger** weist darauf hin, die Dachziegel wären bei der Förderung durch das Konjunkturpaket II enthalten. Es sei zu klären, ob diese Mittel auf eine Photovoltaikanlage umgelegt werden können.



**Kreisrat Schlehuber** denkt, eine Photovoltaikanlage, die ohne Dachziegel auf der Lattung aufliegt, sei teurer als eine aufgeständerte Anlage. Ihm sei aufgefallen, dass bei Wartung/Überwachung die Summe von

360 € auf 20 Jahre gleich berechnet worden sei. Die Berechnung kann seiner Meinung nach nicht 20 Jahre gleich sein.

**Herr Wieder** erklärt, die Kostensituation Indachanlage zu einer aufgeständerten Anlage habe sich in etwa neutralisiert. Nach Auskunft der Messe Intersolar seien die Preise in beiden Bereichen gewaltig gefallen. Der Ertrag einer Indachanlage sei etwas geringer, weil die Anlage weniger Hinterlüftung habe. Das bedeutet, wenn Kosten für die Dachziegel eingespart werden, dass sich die Einsparung durch den geringeren Ertrag der Photovoltaikanlage wieder aufhebe. Er denkt, wenn es für die Dachziegel aus dem Konjunkturpaket II eine Förderung von rd. 87 % gebe, wäre eine aufgesetzte Anlage die interessantere Lösung.

Die Wartungskosten seien Erfahrungswerte, die aus über 100 Anlagen gesammelt worden sind. Er plädiert dafür, mit Fertigstellung der Anlage einen Wartungsvertrag über 20 Jahre mit Festschreibung abzuschließen. Dann könne von einer feststehenden Summe ausgegangen werden.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt nach der Einschätzung und Erfahrung, wie sich der Strompreis in den nächsten 20 Jahren entwickeln werde.

Weiter möchte er vom Vorsitzenden wissen, ob die Planung und Ausschreibung nicht von der Verwaltung im Landratsamt übernommen werden könnte, weil das Planungshonorar mit geschätzten 14.000 € bei 68.000 € Herstellungskosten sehr hoch sei. Er weiß von privaten Installationen, dass bei einer 20 kW-Anlage das Angebot so aufgebaut sei, dass die Anschlüsse auch ohne Projektanten gemacht werden können.

**Herr Wieder** sagt, in den zurückliegenden Jahren sei der Strompreis kontinuierlich gestiegen. Es sei von einer weiteren Steigerung auszugehen. Zudem sei 2020 der Ausstieg aus der Atomkraft geplant. Bayern bezieht derzeit 70 % des Stroms aus Atomkraft. Die Prognosen auf dem Markt seien einhellig, dass der Preis weiter steigen wird.

**Kreisrat Jobst** ergänzt, er habe dazu eine völlig andere Ansicht. Der Strompreis entsteht nicht am Kraftwerksausgang, sondern an der Strombörse. Dort wirken sich regenerative Energien strompreisdämpfend aus. Je mehr regenerativer Strom ins Netz eingespeist wird, umso günstiger muss der Strompreis werden. Kernkraftstrom sei nur vordergründig billig und trage nicht zur Strompreisdämpfung bei.

**Der Vorsitzende** berichtet, dass die Kernkraftwerke aus Frankreich an der deutsch-französischen Grenze den Strom den Energieversorgern für 11 Cent die Kilowattstunde anbieten. Die Einspeisevergütung bei Photovoltaikanlagen liege bei rd. 50 Cent. Er fragt, wie die Berechnung sein kann, wenn mehr Strom mit 50 Cent produziert wird, der Strompreis billiger werden soll, und dafür auf Strom verzichtet wird, der 11 Cent kostet.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er denkt, je mehr PV-Anlagen es gibt und damit keine kontinuierliche Netzbeschickung, desto größer werde der Anteil des Spitzenlaststroms, der sehr teuer sei.

**Kreisrat Jobst** sagt, es geht wirklich nach dem Mehrwertordereffekt an der Leipziger Strombörse. Es sei völlig uninteressant, ob aus der Ukraine oder aus Frankreich billiger Strom kommt. Der Strom kann noch so billig sein, das ändert nur die Gewinnspanne zwischen Verkaufspreis und Einkaufspreis. Je höher die Nachfrage sei, umso geringer wird der Strompreis.

**Der Vorsitzende** fragt, wo die Gewinnspanne für ein Unternehmen sei, wenn dem Endverbraucher der Strom für rd. 17 Cent geliefert werde und für 50 Cent eingekauft wird.

**Kreisrat Jobst** sagt, das sei ein Mischpreis, der sich an der Leipziger Strombörse ergibt. Die Nachfrage bestimmt den Strompreis. Er habe dazu eine Präsentation.

**Der Vorsitzende** zeigt sich daran interessiert.

**Kreisrat Wiesmaier** bittet um Beantwortung seiner Frage, ob die Planungskosten eingespart werden können, in dem sie vom Sachgebiet 14 übernommen werden.

**Der Vorsitzende** fragt Herrn Graßl, ob es möglich sei, die Anlage ohne Architekten zu installieren.

**Herr Graßl** sagt, dies traue er sich nicht zu. Es gibt auch keinen Sinn, weil im Bauunterhaltsbereich bereits Maßnahmen an Architekten auswärts vergeben werden müssen, weil sie von der Verwaltung nicht durchgeführt werden können. Zudem seien die Kenntnisse in dem Bereich zu wenig.

**Kreisrat Utz** stellt fest, die Einspeisevergütung von 50 Cent sei eine Subvention, die nicht der Staat zahlt, sondern der Bürger, weil die Versorgungsunternehmen diese Kosten auf die Stromkosten umlegen. Volkswirtschaftlich gesehen bleiben die hohen Belastungen. Der Gesichtspunkt des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs oder als Anschubfinanzierung, dass neue Technologien eingesetzt werden, sei ein anderer. Für denjenigen, der die Anlage baut (Gemeinde, Landkreis oder ein Privater) müsse es sich rentieren.

**Der Vorsitzende** stellt fest, das bedeutet, durch jede neue Maßnahme werden den Bürgern zusätzliche Stromkosten aufgebürdet.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, ob der Landkreis überhaupt eine derartige Anlage betreiben kann, denn seines Wissens müsse dafür ein Gewerbe angemeldet werden. Auch Biogasanlagen seien gewerblich.

**Der Vorsitzende** denkt, dann wäre es besser, die Dachfläche zu verpachten. Er fragt, ob die Mehrwertsteuer abzuführen sei oder nicht.



**Herr Wieder** antwortet, derartige Anlagen werden bereits von einigen Kommunen betrieben (z.B. Gemeinde Oberding, Stadt Erding, Bauhof, etc.). Steuerlich gebe es zwei Modelle.

**Kreisrat Utz** berichtet über seine persönliche private Erfahrung. Vor einiger Zeit sei fast alle paar Wochen ein Anbieter gekommen und habe ihm eine Photovoltaikanlage verkaufen wollen. Er sei sich nie ganz sicher gewesen, ob sich das für ihn rechnet. Er habe ungefähr 20 Bewerber gefragt, warum sie das nicht selber machen, wenn er sein Dach zur Verfügung stellt, wenn das ein so gutes Geschäft sei. Von den 20 Bewerbern haben alle gesagt, sie machen es nicht. Er habe dann einen Anbieter gefunden, der das Dach dafür mieten wollte. Der Bewerber habe ein Jahr nichts mehr von sich hören lassen und dann mitgeteilt, er würde es zu wesentlich schlechteren Konditionen machen. Kreisrat Utz sagt, er habe dann aber kein Interesse mehr gezeigt. Er denkt, vielleicht gibt es für den Landkreis die Möglichkeit, einen Anbieter zu finden, der eine Anlage selber installiert. Dann würde sich die Frage mit der Mehrwertsteuer erübrigen und auch die Frage des Risikos. Er werde die Adresse des Anbieters suchen und der Verwaltung geben.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** berichtet, seines Wissens gebe es in der Gemeinde Taufkirchen derzeit Überlegungen, ähnlich wie bei den Stadtwerken Erding, eine Anlage zu betreiben.

**Architekt Anger** weist darauf hin, die Einspeisevergütung wäre heuer noch günstiger als im nächsten Jahr. Wenn heuer die Anlage noch errichtet werden soll, müsste sofort mit der Ausschreibung begonnen werden.

**Kreisrat Schwimmer** denkt, im nächsten Jahr werden auch die Module wieder besser und billiger. Er sieht keine Eile. Es sollte zunächst geprüft werden, ob sich das Ganze für den Landkreis rechnet.

**Der Vorsitzende** fragt Herrn Wieder, ob es richtig sei, dass der Markt die Module billiger anbietet, um die Wirtschaftlichkeit auf dem gleichen Niveau zu halten und es gleichzeitig neue Techniken und leistungsfähigere Anlagen für weniger Geld gebe.

**Herr Wieder** erklärt, vor etwa fünf Jahren sei der Preis pro kW/peak bei ca. 3.800 € gelegen. Es sei dann spekuliert worden, dass aufgrund der höheren Nachfrage und Erzeugung und der geringeren Rückvergütung im Jahr darauf der Preis fallen wird. Das Gegenteil sei eingetroffen. Der Preis sei zwei, drei Jahre gestiegen, bis auf 5.700 € pro kW/peak. Erst jetzt sei der Preis wieder gefallen. Der Preisverfall, der jetzt auf dem Markt zu beobachten sei, liege gegenüber dem Vorjahr bei ungefähr 25 %, teilweise sogar 30 %. Der Wirkungsgrad der Module werde nicht unendlich weitersteigen, weil das physikalisch nicht möglich sei. Die Leistungsgrenze sei fast erreicht. Eine Prognose, wie sich der Preis weiter entwickelt, kann heute nicht gestellt werden. Der Preisverfall jetzt sei gewaltig gewesen. Es könnte auch sein, dass der Preis wieder steigt.

**Kreisrat Kuhn** meint zur Aussage von Kreisrat Schwimmer, der Landkreis sei diesbezüglich schon Jahrzehnte hinten dran. Es werde höchste Zeit, etwas zu machen. Er habe es als guten Einstieg gesehen. Die Kollegen sollen klar sagen, sie wollen keine Photovoltaikanlage. Der Teil mit der Mehrwertsteuer lasse sich leicht klären. Der Landkreis wäre nicht der



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

erste, der eine solche Anlage betreiben würde. Er spricht sich dafür aus, möglichst schnell damit zu beginnen und den Bau einer Photovoltaikanlage nicht wieder zu verschieben. Die Preise werden nicht weiter fallen.

**Der Vorsitzende** sagt, die Frage sei, ob der Landkreis selber investieren möchte, ob möglicherweise die Gemeinde Taufkirchen oder ein Privater Interesse zeigt, das Dach anzumieten oder keine Anlage errichtet wird.

**Kreisrat Kuhn** fragt, wenn der Landkreis eine Anlage bauen möchte und nach der Berechnung von Herrn Wieder rd. 75.000 € übrig bleiben, warum der Landkreis das Geschäft jemanden anderen machen lassen möchte.

**Kreisrat Haindl** erinnert, der Landkreis habe sich dazu entschlossen, ein Energiekonzept in Auftrag zu geben. Eine Photovoltaikanlage wäre ein weiterer Baustein. Er stellt fest, der Landkreis sei auf dem Gebiet weit voraus. Das Ganze sei aber nur in Verbindung mit Biogasanlagen, etc. zu schaffen.

Er denkt, nachdem das Dach saniert werden muss, sollte eine Photovoltaikanlage gemacht werden. Die Entscheidung sollte aber nicht überhastet getroffen werden.

Er plädiert für eine belüftete Indachanlage. Diese Anlagen haben laut Untersuchung vom Institut in Freiburg einen Verlust von rd. 0,6 %. Indachanlagen müssen einige bestimmte Befestigungspunkte haben. Er denkt, der Landkreis sollte ein Signal setzen und das Dach für die Stromgewinnung nutzen.

**Der Vorsitzende** fragt, wann die Erneuerung der Dachhaut geplant sei.

**Architekt Anger** merkt an, die Maßnahme sei ab Pfingsten nächsten Jahres geplant. Eine Ausschreibung würde im nächsten Frühjahr noch reichen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, bei Ausschreibungen seien in der Zeit von Winter bis Frühjahr die besten Preise zu erzielen.

**Kreisrat Schwimmer** merkt an, er möchte das Thema nicht zerreden. Er weist darauf hin, wenn der Landkreis die günstige Einspeisevergütung haben möchte, müsste die Anlage bis 31.12.2009 im Betrieb sein. Der Zeitraum sei zu kurz.

**Architekt Anger** sagt, wenn heute die Entscheidung für eine Photovoltaikanlage fallen sollte, sei das zeitlich knapp, doch machbar. Bis Ende September sei die Ausschreibung vorzubereiten, so dass im November, Dezember der Aufbau erfolgen könnte.

**Der Vorsitzende** bringt daraufhin den Antrag von Kreisrat Kuhn, dass der Landkreis jetzt die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes Realschule Taufkirchen, ehemaliges Rathaus, durchführen soll, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 3 Stimmen.**  
(Gegenstimmen: KR Jobst, KR Kuhn, KR Rübensaal)





**Der Vorsitzende** merkt an, trotzdem sollten Gespräche mit der Gemeinde Taufkirchen stattfinden, ob die Gemeinde mit der möglichen Firma nicht die Investition tätigen möchte.

Im Weiteren sollten bezüglich einer Indachanlage die Berechnungen vorgenommen werden.

Er werde auch mit dem Schulleiter sprechen, ob eine Aufstockung in absehbarer Zeit notwendig werden wird.

**Kreisrat Wiesmaier** weist darauf hin, auch die Vorgaben hinsichtlich des Konjunkturpaketes II zu prüfen, ob eine Photovoltaikanlage die Bezuschussung des Daches gefährdet, weil eine Doppelförderung ausgeschlossen sei. Damit sollte nicht leichtfertig umgegangen werden.

**Architekt Anger** erklärt, der Zuschuss sei für die verbleibenden Dachbereiche nicht gefährdet.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die genannten Dinge abzuarbeiten. Er werde darüber wieder berichten.

Zusammenfassender Beschluss:

BauEn/0030-14

1. Dem Vorschlag des Architekturbüros Anger/Groh folgend soll bei den noch nicht ausgetauschten Fenstern eine Zweifachverglasung eingebaut werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 6 : 5 Stimmen.**

(Gegenstimmen: KR Haindl, KR Jobst, KR Kuhn, KR Rübensaal und KR Ways)

2. Laut Antrag von Kreisrat Kuhn soll noch im Jahr 2009 eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes der Realschule Taufkirchen/Vils errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 8 : 3 Stimmen.**

(KR Jobst, KR Kuhn, KR Rübensaal)

### **6.1. Urzeitmuseum; Realschule Taufkirchen/Vils**

**Architekt Anger** erklärt noch zum Teil „Urzeit-Museum“. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie sei der Beschluss gefasst worden, die Sanierung voranzutreiben. Er weist darauf hin, dass eine gewisse Dringlichkeit besteht, weil der ehemalige Garagenanbau extrem undicht sei und Wasser von der Decke tropft.

Im Museumsbereich im Untergeschoß befinden sich 15 Fenster. Wenn die Fenster jetzt ausgetauscht würden, hätte dies zur Folge, dass das Museum sämtliche Einbauten zurückbauen müsste. Die Fenster seien derzeit komplett mit Einbauten verstellt. Es stellt sich die Frage, ob die



Fenster ausgetauscht werden sollen. Der Bereich würde mitgefördert werden. Der Austausch sei aber nicht dringend notwendig, weil der Teil nicht direkt mit der Schule verbunden sei.

**Der Vorsitzende** fragt, ob die Fenster, die eigentlich nicht benötigt werden, dauerhaft zugebaut werden sollten.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Architekt Anger** denkt, es sei die Frage, ob das Museum dauerhaft bleiben werde.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** merkt an, nachdem das nicht gesagt werden kann, sei es fraglich, ob in dem Bereich etwas geändert werden sollte oder Änderungen erst bei einer anderen Nutzung vorgenommen werden sollen.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob bezüglich des Museums ein Vertrag geschlossen worden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, er werde in nichtöffentlicher Sitzung dazu berichten.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

## **7. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS** **E.on Bayern Umweltpreis 2009** **Vorlage: 2009/0542**

**Der Vorsitzende** erklärt, im Vorlagebericht sei dargestellt, dass von der e.on Bayern für den Neubau FOS/BOS ein erhöhtes Preisgeld von 50.000 € eingegangen sei. Die Verwaltung sei zunächst davon informiert worden, dass der Landkreis 25.000 € bekommen werde. Bei der Preisverleihung seien dann unter den Preisträgern noch zwei Hauptgewinne verteilt worden. Einen davon habe das Projekt Neubau FOS/BOS, mit dem vorbildlichen Umsetzen einer Passivhausbauweise erhalten. Insgesamt habe der Landkreis 50.000 € bekommen.

Er hält es, auch in Abstimmung mit dem Partner Landkreis Ebersberg für sinnvoll, dass ein wesentlicher Teil dafür verwendet wird, die „Inhaltsstoffe auf Risiken, etc.“ von der Fa. Ascona untersuchen zu lassen.

**Herr Fischer** erklärt, von Seiten der Fa. kplan sei vorgeschlagen worden, die Fa. Ascona zu beauftragen, die Baustoffe im Hinblick auf einen Schadstoffausstoß untersuchen zu lassen. Der Ausschuss für Bauen und Energie habe in der letzten Sitzung beschlossen, wenn die Finanzierung sichergestellt sei, dass der Auftrag vergeben werden kann. Dafür sei ein Teil der Summe (20.000 €) genommen worden. Es bleiben 30.000 €, über deren Verwendung noch befunden werden müsse. Grundsätzlich sollte die Summe zweckgebunden verwendet werden. Die Summe könnte z.B. im Haushalt eingestellt und für die Baukosten verwendet werden. Vom Landkreis Ebersberg sei der Vorschlag gemacht worden, die Summe der Schule für umweltgebundene Zwecke, für Aktionen, die von Seiten der Schule durchgeführt werden, zu überlassen.

**Der Vorsitzende** denkt, der Vorschlag sei sinnvoll. Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

BauEn/0031-14

1. Die Finanzierung des Arbeitspaketes II „Inhaltsstoffe und Risiken“ im Rahmen des erweiterten Monitorings wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das restliche Preisgeld in Höhe von ca. 30.000 € ist der Staatlichen Berufsschule Erding, FOS/BOS, für Umweltaktionen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 0 Stimmen.**

## **8. Bekanntgaben und Anfragen**

### **8.1 Hausmeister für den Neubau FOS/BOS**

**Der Vorsitzende** berichtet, nachdem Kreisrat Wiesmaier in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie bezüglich der Einstellung eines Hausmeisters für die neue FOS/BOS nachgefragt habe, werde vorgeschlagen, einen technisch versierten Hausmeister einzustellen.

Zusätzlich sei geplant, im Landratsamt im neuen Sachgebiet (die beiden Sachgebiete 12 und 14 werden aufgrund einer Umorganisation in Anlehnung an den Mustergeschäftsverteilungsplan des Innovationsrings der Bayer. Landkreise zusammengelegt) einen Diplom-Ingenieur einzustellen, der sich generell auch mit Energiemanagement beschäftigen werde, aber speziell auch mit der FOS/BOS, wegen des deutlich höheren Betreuungsaufwandes, zumindest am Anfang.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

### **8.2 Aufhebung einer Ausschreibung / FOS/BOS - Außenjalousien**

**Der Vorsitzende** gibt bekannt, für die Vergabe des Gewerkes „Außenjalousien“ sei eine europaweite Ausschreibung durchgeführt worden. Bei der Prüfung der Angebote habe sich herausgestellt, dass kein Angebot eingegangen sei, das den Ausschreibungsbedingungen entspricht. Für das ausgeschriebene Nottraffsystem sei kein Produkt mit einer bauaufsichtlichen Zulassung angeboten worden.

Die Ausschreibung sei aufgehoben worden, wird überarbeitet und soll zu einem späteren Zeitpunkt öffentlich ausgeschrieben werden.

Dazu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17.25 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte